

Unterschiedliche Wege - gleiches Ziel? Der langfristige Wandel parlamentarischer Repräsentation in Deutschland und Frankreich 1848-2003

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (2008). Unterschiedliche Wege - gleiches Ziel? Der langfristige Wandel parlamentarischer Repräsentation in Deutschland und Frankreich 1848-2003. *Historical Social Research, Supplement*, 20, 147-162. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-191764>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Unterschiedliche Wege – Gleiches Ziel? Der langfristige Wandel parlamentarischer Repräsentation in Deutschland und Frankreich 1848-2003

Heinrich Best *

Abstract: Best analysiert in einem Langzeitvergleich der Parlamentarier in Frankreich und Deutschland den Wandel der parlamentarischen Repräsentation und seine Auswirkungen auf die politischen Systeme beider Länder. Dabei zeigen sich bis zum Zweiten Weltkrieg deutliche Unterschiede in den Modi parlamentarischer Repräsentation mit einer kontinuierlichen Dominanz des Intermediärs in Frankreich und einem massiven Bedeutungsgewinn des Funktionärs in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der öffentliche Dienst in beiden Ländern zur Hauptquelle parlamentarischer Rekrutierung. Trotz fortschreitender Uniformität in der Rekrutierung von Abgeordneten für die Nationalparlamente bestehen gerade in Frankreich auch nach 1945 noch wesentliche Besonderheiten fort, so der niedrige Frauenanteil und das „cumul des mandats“.

Gaetano Moscas Feststellung, dass sich die „Hauptunterschiede der politischen Organismen in der unterschiedlichen Art und Weise zeigen, wie sich die herrschenden Klassen rekrutieren und wie sie sich verhalten“, hat schon vor nahezu 90 Jahren auf die Elitenforschung als den Königsweg für einen Vergleich zwischen Politien, als Schlüssel zum Verständnis ihres jeweils besonderen *modus operandi* verwiesen.¹ Es hat dann jedoch noch einmal 70 Jahre bis zu den bahnbrechenden Veröffentlichungen von Robert D. Putnam, John Higley und Lowell Field gedauert, um die vergleichende Erforschung politischer Eliten in den Rang eines theoretisch belangvollen und empirisch fruchtbaren Projekts zu erheben – obwohl auch diese Karriere natürlich nicht unumstritten ist.² John Higleys und Jan Pakulskis Feststellung: „The internal workings, commitments,

* Reprint of: Heinrich Best (2007): Unterschiedliche Wege – Gleiches Ziel? Der langfristige Wandel parlamentarischer Repräsentation in Deutschland und Frankreich 1848-2003, in: Stefan Fisch, Florence Gauzy u. Chantal Metzger (Hg.), *Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich/Les structures de pouvoir dans l'État en France et en Allemagne*, Franz Stein Verlag: Stuttgart, S. 13-28.

¹ Mosca, Gaetano, *Das aristokratische und das demokratische Prinzip*, in: Röhrich, Wilfried (Hg.), *Demokratische Elitenherrschaft. Traditionsbestände eines sozialwissenschaftlichen Problems*, Darmstadt 1975 (ital. 1903), S. 28-16, hier S. 36.

² Putnam, Robert D., *The Comparative Study of Political Elites*, London 1976; Field, G. Lowell; Higley, John, *Elitism*, London 1980.

and patterned actions of elites constitute the basic distinctions to be made among the political systems of all independent countries“ liest sich wie eine Paraphrase von Mosca in der Sprache der modernen Sozialwissenschaft und bildet den Obersatz des Credo der „Machiavellians“ – wie die „neuen“ Elitentheoretiker gerne bezeichnet werden.³ Elitenstrukturen werden in diesen Ansätzen aus einer doppelten Perspektive betrachtet: zum einen als Ausdruck von gesellschaftlichen und politischen Konstellationen und Mechanismen, die den Zugang zu und den Erhalt von gesellschaftlichen Machtpositionen regeln – hier sind vor allem Aspekte der Rekrutierung und Zirkulation von Eliten zu subsumieren; zum anderen als Voraussetzungen für die Stabilität und Performanz politischer Ordnungen – hier geht es dann vornehmlich um Elitenintegration und Konstellationen von Elitenkonflikten.⁴ Beide Perspektiven überschneiden sich und werden beide auch in dem intertemporal und international vergleichenden Forschungsprojekt, aus dem hier berichtet wird, gemeinsam verfolgt.⁵ Ihr Zusammenhang lässt sich am besten an den durch Regimewechsel und Regimediskontinuitäten gebildeten Zäsuren verdeutlichen: Gibt es Elitenstrukturen, die Regimediskontinuitäten begünstigen, zumindest aber ankündigen? Welche Folgen haben Regimediskontinuitäten für die individuelle und strukturelle Elitenzirkulation?

Diesen (und anderen) Fragen soll in einem Langzeitvergleich der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands und Frankreichs nachgegangen werden, der bei den Konstituierenden Nationalversammlungen des Jahres 1848 ansetzt und mit der unmittelbaren Gegenwart abschließt. Ausgeklammert wurden dabei Perioden autoritärer und totalitärer Herrschaft, in denen kein kompetitives Regime der Rekrutierung parlamentarischer Führungsgruppen oder kein nationales Parlament existierte, das heißt also die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft (nach Auflösung des März-Reichstags des Jahres 1933), Vichy-Frankreichs, des Second Empire sowie die Periode zwischen der Auflösung der Frankfurter Nationalversammlung und dem Zusammenritt des Konstituieren-

³ Higley, John; Pakulski, Jan, *Elite Theory versus Marxism. The Twentieth Century's Verdict*, in: Higley, John; Lengyel, György (Hg.), *Elites after State Socialism. Theories and Analysis*, Boston 2000, S. 229-241, hier S. 239.

⁴ Best, Heinrich, *Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur. Theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen*, in: Ders. (Hg.), *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*, St. Katharinen 1989, S. 3-18; Field, G. Lowell; Higley, John; Burton, Michael G., *A New Elite Framework for Political Sociology*, in: *Revue européenne des sciences sociales* 28 (1990), S. 149-182.

⁵ Zur theoretischen und methodischen Anlage des Projektes vgl. Best, Heinrich; Cotta, Maurizio, *Elite Transformation and Modes of Representation since the Mid-Nineteenth Century. Some theoretical Considerations*, in: Dies. (Hg.), *Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000. Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Centuries*, Oxford 2000, S. 1-28.

den Norddeutschen Reichstags.⁶ Der Vergleich zwischen beiden Ländern ist unter vergleichssystematischen Gesichtspunkten besonders vielversprechend – wobei hier nur jene erwähnt werden sollen, die für unseren Untersuchungsgegenstand von Belang sind.⁷ Die Geschichte Deutschlands und Frankreichs weist im betrachteten Zeitraum einen Wechsel zwischen Turbulenzphasen der Regimeinstabilität und längeren Kontinuitätsphasen auf, wobei einige Zäsuren nahezu zeitgleich liegen (1848/51, 1867/71, 1944/49); eine Gemeinsamkeit begründet auch die annähernd gleichzeitige und im Vergleich zum übrigen Europa frühe Einführung des allgemeinen bzw. eines dem allgemeinen angenäherten Männerwahlrechts, das zudem zwischen 1876 und 1914 in einer sehr ähnlichen Form praktiziert wurde; schließlich handelt es sich in beiden Fällen um – nach europäischen Maßstäben – große Flächenstaaten mit komplex strukturierten Bevölkerungen, die seit jeher, besonders aber nach 1945 in einem engmaschigen Interdependenzverhältnis stehen. Auch die Unterschiede sollen hier nur angedeutet werden: Die in Deutschland im Vergleich zu Frankreich späte, unterbrochene und von dramatischen Grenzverschiebungen begleitete Konsolidierung des Nationalstaats; die in Frankreich – im Vergleich zu Deutschland – verzögerte und unvollständige Etablierung eines Systems organisierter Mitgliedparteien und die hier ebenfalls nachvollziehende Durchsetzung des Frauenwahlrechts; weiterhin wechselnde und im Rahmen dieses Beitrags in den Einzelheiten nicht beschreibbare Abweichungen in den Verfassungsordnungen und Wahlrechtsbestimmungen, bei denen sich als wichtigste Konstante die, wenn auch durch die französische Regionalisierungspolitik zuletzt ebenfalls abgemilderte, Differenz zwischen einem zentralistischen und föderalen Staatsaufbau durchzieht. Die Entwicklungspfade beider Politien

⁶ Zur Periodisierung der Untersuchung vgl. Best, Heinrich; Gaxie, Daniel, *Detours to Modernity. Long-Term Trends of Parliamentary Recruitment in Republican France 1848-1999*, S. 88-137, hier S. 89; Best, Heinrich; Hausmann, Christopher; Schmitt, Karl, *Challenges, Failures and final Success. The Winding Path of German Parliamentary Leadership Groups towards a Structurally Integrated Elite 1848-1999*, in: Best; Cotta, *Parliamentary Representatives* (Anm. 5), S. 138-196, hier S. 140-143. Der Ausschluss des Second Empire, in dem es eine – wenn auch eng begrenzte und gouvernemental strikt gelenkte – Konkurrenz um Wahlämter gab, mag bestreitbar sein. Wir haben hier jedoch, im Unterschied zum Deutschen Kaiserreich, ein eindeutiges Übergewicht der restriktiven gegenüber den kompetitiven Elementen in der Rekrutierung und Zirkulation parlamentarischer Führungsgruppen gesehen. Zur Zusammensetzung des *Corps législatif* des *Second Empire* vgl. Anceau, Eric, *Les Députés du Second Empire. Prosopographie d'une élite du XIX^e siècle*, thèse de doctorat, dir. Jean Tulard, Université de Paris IV-Sorbonne 1997.

⁷ Zu den intertemporal-interkulturellen Szenarien des deutsch-französischen Vergleichs siehe Best, Heinrich, *Politischer Regionalismus in Deutschland und Frankreich im intertemporal-interkulturellen Vergleich*, in: Reuband, Karl-Heinz; Pappi, Franz-Urban; Best, Heinrich (Hg.), *Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive. Festschrift für Erwin K. Scheuch zum 65. Geburtstag*, Opladen 1995, S. 137-166, hier S. 135-139; Ders., *Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Wandel parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49*, Düsseldorf 1990, S. 34-38.

lassen sich, wie die aller anderen, als „Sonderwege“ charakterisieren, wobei für Deutschland Rainer Lepsius' kanonisierte Formel von der hier ungewöhnlich langen „Verzögerung der Demokratisierung gegenüber der Industrialisierung“ aufgerufen werden kann, während Frankreich als einziger großer europäischer Flächenstaat von 1871 bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts eine parlamentarische Republik war – dies auf der Grundlage einer Gesellschaft, die sich nur zögernd industrialisierte –, womit sich dort also die Konstellation einer verzögerten Industrialisierung bei einer frühen Demokratisierung herausbildete.⁸

In einer synoptischen Skizze soll nun der lange Gang des Wandels der Rekrutierungs- und Zirkulationsmuster parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich auf dem Hintergrund dieser Konstellationen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden beschrieben und auf signifikante Strukturen hin durchgemustert werden. Dabei ist zu beachten, dass nach der gängigen sozialwissenschaftlichen Definition die Mitglieder der Nationalversammlungen, Reichs- und Bundestage nicht mit „der“ politischen Elite gleichzusetzen sind.⁹ Unser Untersuchungsfeld ist zugleich weiter und enger, da viele Angehörige der politischen Elite nicht im Parlament saßen und viele Parlamentarier – wie etwa Hinterbänkler mit episodischer Mitgliedschaft – auch nach großzügigen Maßstäben nicht als Angehörige der politischen Elite gelten können. Zudem variierte der Status der Parlamentarier in der Machtordnung über die Zeit und zwischen den Regimen – man denke etwa an das Gefälle, das zwischen den Repräsentanten der III. Republik und den Mitgliedern des Reichstags im Kaiserreich in dieser Hinsicht bestand. Eines designiert jedoch Parlamentarier generell und selbst bei moderaten Wahlrechtsbeschränkungen zum Untersuchungsfeld für vergleichende Untersuchungen: Sie sind, mit den Worten von Robert Putnam, ein „Seismometer“, das besonders sensibel den Wandel gesellschaftlicher und politischer Machtorganisation, von Wertpräferenzen, der Vertretungsmacht von Interessen und natürlich auch der institutionellen Regeln für den Mandatserwerb anzeigt. Die Aufmerksamkeit, welche die Vorläufer und Klassiker der politischen Soziologie wie Marx, Tocqueville, Weber, Michels, Mosca und Pareto den parlamentarischen Führungsgruppen ihrer Zeit gewidmet haben, soll für diesen Erkenntnis wert vorläufig als Beleg genügen.¹⁰

⁸ Lepsius, Rainer M., Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung in Deutschland, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973 (zuerst 1966), S. 56-80, hier S. 56; zu den Bedingungen und Ausprägungen der „exception française“ vgl. u.a. Mayeur, Jean-Marie, La vie politique sous la Troisième République 1870-1940, Paris 1984.

⁹ Best; Cotta, Elite Transformation (Anm. 5), S. 7-9.

¹⁰ Putnam (Anm. 2), S. 166; Marx, Karl, Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin 1965 (zuerst 1852); Tocqueville, Alexis de, Erinnerungen, Stuttgart 1954 (franz. zuerst 1893); Weber, Max, Politik als Beruf, in: Gesammelte politische Schriften, 3. Aufl., Tübingen 1971 (zuerst 1919), S. 505-560; Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 3. Aufl., Stuttgart 1957; Mosca, Gaetano, Die herrschen-

Zum Abschluss des Auftakts dieses Beitrags noch einige Worte zu den Datenreihen, die hier vorgestellt werden. Sie entstanden im Zuge eines international vergleichenden Projekts, in dem für bislang elf europäische Länder die Entwicklung der Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder nationaler Parlamente von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart erforscht wird. Es entsteht gegenwärtig eine integrierte Datenbasis, der DATA-CUBE, dessen Kern 48 Indikatorenreihen bilden – vom Anteil weiblicher Mitglieder bis zum durchschnittlichen Mandatsalter – die jeweils herunter gebrochen sind auf Parteifamilien in einzelnen Legislaturen.¹¹ Hier kann natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus diesem Datenmassiv vorgestellt werden, wobei wir uns besonders auf solche Indikatoren konzentrieren werden, bei denen sich im Sinne des Eingangszitats von Mosca „Hauptunterschiede“ zwischen politischen Organismen ausprägen. In der graphischen Darstellung beschränken wir uns auf die aggregierten Werte für die Gesamtparlamente, werden aber bei der Interpretation, wenn erforderlich, auch auf die Wertereihen für einzelne Parteifamilien eingehen.¹²

Die Datenrevue soll mit zwei Indikatoren eröffnet werden, die eine besondere Bedeutung für die deutsche Sonderwegsdebatte hatten: den Anteilen des Adels und der Abgeordneten aus landwirtschaftlichen Berufen (vergleiche Abbildung 1 und 2).

Hier sei etwa an Barrington Moores Argument erinnert, dass die politische Schwäche der städtischen Bourgeoisie autoritäre Regierungsweisen und spätere Erfolge des Faschismus begünstigt habe.¹³ Und tatsächlich zeigen unsere Zeitreihen bis zum Ende des Kaiserreichs eine Differenz in der erwarteten Richtung: Nach einem Start auf ähnlichem Niveau in den Nationalversammlungen von 1848 stieg der Anteil der Abgeordneten mit agrarischem Hintergrund und/oder von adeliger Herkunft im Reichstag auf Werte von über 30 bzw. 40 Prozent, während sie in Frankreich ab 1876 auf einen Wertebereich um circa 10 Prozent sanken. Dies war eine Konstellation mit paradoxen Zügen: Während sich im schnell und durchgreifend industrialisierenden Deutschland die „gefährdeten“ Klassen und Stände auch unter der Voraussetzung des allgemeinen Wahlrechts zunächst behaupteten bzw. ihre Position in der Arena des

de Klasse, Bern 1950; Pareto, Vilfredo, Die allgemeine Form der Gesellschaft, in: Röhrich (Anm. 1), S. 117-135.

¹¹ Best; Cotta, Elite Transformation (Anm. 5), S. 18-20, 23-26.

¹² Best; Gaxie (Anm. 6), S. 88; Best; Hausmann; Schmitt (Anm. 6), S. 140. Vgl. auch Gaxie, Daniel, Les logiques du recrutement politique, in: Revue française de science politique 30 (1980), S. 5-15; Best, Heinrich, Mandat ohne Macht, Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867-1933, in: Ders. (Hg.), Politik und Milieu (Anm. 4), S. 175-222; Ders., Männer von Bildung und Besitz (Anm. 7), S. 551-556; Best, Heinrich; Edinger, Michael, Converging Representative Elites in Europe? An Introduction to the EurElite Project, in: Czech Sociological Review, 41 (2005) 3, S. 499-509.

¹³ Moore, Barrington, Social Origins of Dictatorship and Democracy, Boston 1967.

Reichstags sogar noch auszubauen vermochten, sanken sie im immer noch stark landwirtschaftlich geprägten Frankreich im Zuge der Etablierung der III. Republik auf den Status randständiger Kategorien ab.

Abbildung 1: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003: Hauptberuf im Agrarsektor – % aller Abgeordneten

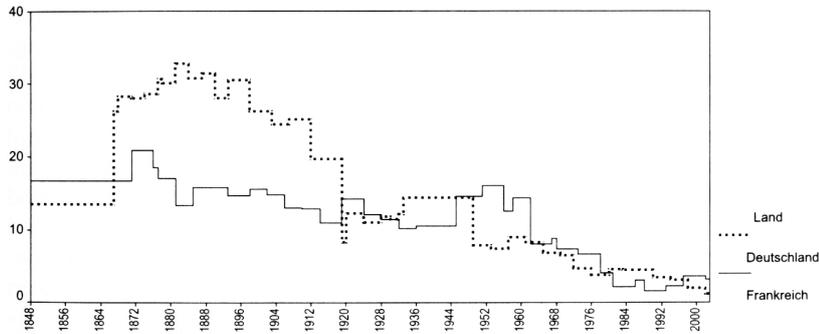
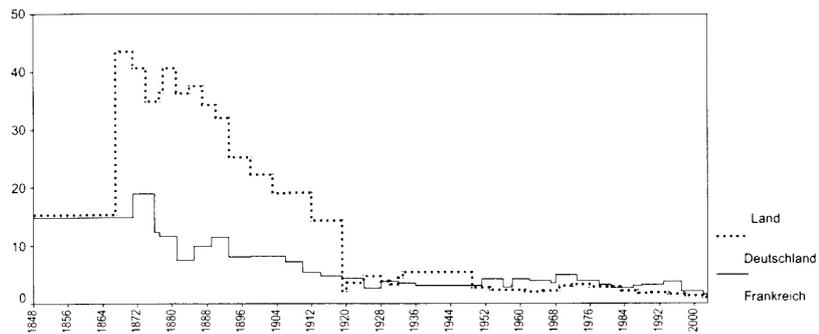


Abbildung 2: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003: Adelstitel – % aller Abgeordneten

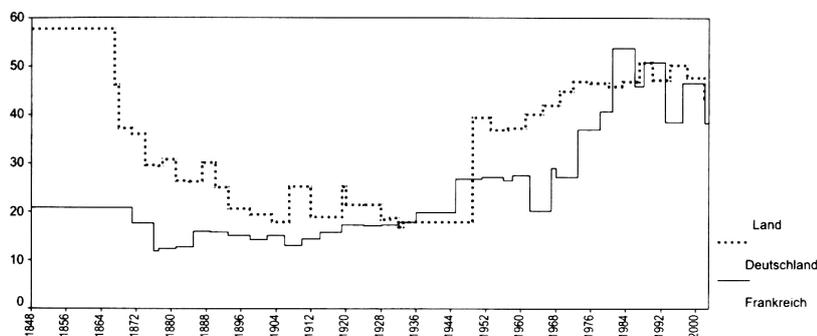


Haben wir es hier also mit einer statistisch fassbaren Emanation des deutschen Sonderwegs zu tun? Bei einer Ausweitung der Betrachtung auf andere europäische Politien ergibt sich ein ganz anderes Bild, und es wird eher Frankreich der Status des Sonderfalls zugewiesen. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten sich fast überall in Europa die Anteile des Adels in den Parlamenten nur zögernd zurück, wobei in Deutschland dieser Rückgang markanter war als anderenorts. Ähnliches gilt für den primären Sektor, der in den Parlamenten einiger nordischer Länder bis in die 1930er Jahre hinein sogar zu-

nahm.¹⁴ Dabei kamen mehr und mehr Vertreter aus klein- und unterbäuerlichen Schichten zum Zuge. Die größte Übereinstimmung mit Deutschland, bis hin zur Deckungsgleichheit der Zeitreihen in der kritischen Abschmelzungsphase an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, weist das Vereinigte Königreich auf – das Mutterland der Industrialisierung und der parlamentarischen Regierung.¹⁵ Ab 1918/19 bis in die Gegenwart verlaufen dann auch im Vergleichskontext Deutschland versus Frankreich die Zeitreihen auf niedrigem und abnehmendem Niveau in einem engen Wertekorridor. Heute sind in Paris wie in Berlin und überall sonst in Europa Abgeordnete von Adel oder aus landwirtschaftlichen Berufen eine rare Spezies; es hat sich also Konvergenz durch Aussterben vollzogen. Betrachtet man den Entwicklungspfad, der zu diesem Ergebnis führte, bildet eher Frankreich als Deutschland einen Sonderfall.

Konvergenz durch Wachstum kennzeichnet dagegen die Entwicklung der Anteilswerte des öffentlichen Dienstes (vergleiche Abbildung 3 und 4).

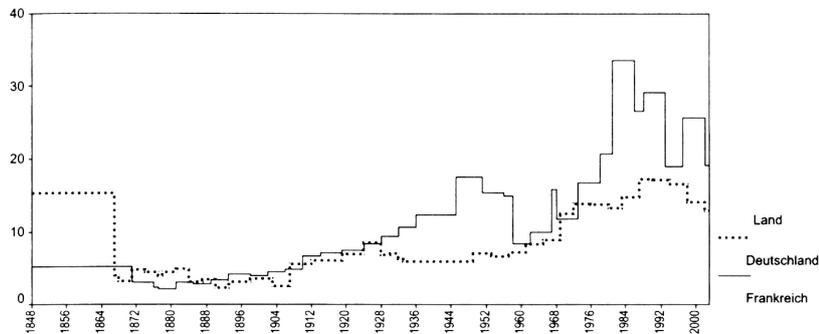
Abbildung 3: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003:
Hauptberuf im öffentlichen Dienst – % aller Abgeordneten



¹⁴ Zur Entwicklung der Anteile des landwirtschaftlichen Sektors und des Adels in den europäischen Parlamenten vgl. Cotta, Maurizio; Best, Heinrich, *Between Professionalization and Democratization. A Synoptic View on the Making of the European Representative*, in: Dies. (Hg.), *Parliamentary Representatives* (Anm. 5), S. 493-526, hier S. 512-514, Fig. 13.5., Fig. 13.7. Zur Veränderung des Anteils des Agrarsektors an der Gesamtzahl der Beschäftigten vgl. Kaelble, Hartmut, *Der Wandel der Erwerbsstruktur in Europa im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Historical Social Research* 22 (1997) 2, S. 5-28, hier S. 10.

¹⁵ Rush, Michael; Cromwell, Valerie, *Continuity and Change. Legislative Recruitment in the United Kingdom 1868-1999*, in: Best; Cotta, *Parliamentary Representatives* (Anm. 5), S. 463-492, hier S. 477-482.

Abbildung 4: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003:
Hauptberuf als Lehrer oder Professor – % aller Abgeordneten



In beiden Ländern bilden Abgeordnete mit einer beruflichen Herkunft aus dem staatlichen Sektor am Ende des 20. Jahrhunderts die modale Kategorie. Auch dies ist europäische Normalität, die sich selbst in Großbritannien durchzusetzen beginnt, obwohl dort nach wie vor die Angehörigen des *civil service* durch die traditionelle Inkompatibilitätsregel von Kandidaturen für das Unterhaus ausgeschlossen sind.¹⁶ Die Hauptträger des Aufstiegs der Staatsdiener zu Parlamentariern *par excellence* waren nach 1945 die Lehrer – in Frankreich deutlicher noch als in Deutschland. Es sind vor allem die Parteien der Linken, die sich aus diesem Rekrutierungsreservoir bedienen – im Fall der französischen Sozialisten zeitweilig mit Anteilswerten von über 50 Prozent.¹⁷ Daneben haben seit Ende der 1960er Jahre – wieder vor allem in Frankreich – höhere Verwaltungschargen signifikante Anteilswerte erreicht. Sie finden sich vor allem in den Fraktionen der rechten Mitte. Die Professionalisierung der Politik, die Ausbildung spezifischer Karrierebedingungen und -risiken für Berufspolitiker scheint in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders gut mit einer Verankerung im Staatsdienst zu harmonieren. Abkömmlichkeit, Minderung des Risikos bei Amtsverlust durch eine Rückkehrgarantie (*position de détachement*), Publikumskontakt, Fachgeschultheit und berufliche Vertrautheit mit verschiedenen Zweigen der Staatstätigkeit begünstigen im Wettbewerb um Mandate die Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Doch ist dies, wie ein Blick in die tiefere Vergangenheit zeigt, nur eine Teilerklärung für seinen Aufstieg zum wichtigsten Rekrutierungsfeld der Parlamente. Dabei öffnet sich mit wachsendem Zeitabstand eine zunehmende Spanne zwischen den Wertereihen, die in den Revolutionsparlamenten des Jahres 1848 ihre maximale Differenz erreicht. Der deutsche Beamtenparlamentarismus des 19. Jahrhunderts, der sich

¹⁶ Rush; Cromwell (Anm. 15), S. 468f.

¹⁷ Best; Gaxie (Anm. 6), S. 121f, 130-135, Fig. 4.15.

in der Paulskirche in besonders markanter Weise manifestierte, kann nun gewiss nicht durch die Mechanismen politischer Professionalisierung erklärt werden, sondern hatte eine seiner Wurzeln in der doppelten Herausforderung durch Staats- und Nationsbildung, die „Symbolspezialisten“ (das heißt insbesondere die „fachgeschulte Intelligenz“ im Staatsdienst) und Spezialisten der Machtorganisation zu parlamentarischen Vertretern designierte.¹⁸ Auch wies die Durchstaatlichung der Gesellschaft in weiten Teilen Deutschlands den lokalen Repräsentanten „staatsständischer Herrschaft“ (Reinhard Koselleck), wie Landräten, Amtmännern oder Pflegern, eine strategische Position als Intermediäre zu, die mit der Rolle des Parlamentariers kompatibel war. In Frankreich bildete sich dagegen eine Konstellation der „Vergesellschaftung des Staates“ aus, bei der sich private Notablen und die „Kapazitäten“ aus den freien Berufen in dieser intermediären Position befanden.¹⁹ Die Leitfigur war hier der Anwalt, der in Frankreich bis Anfang der 1930er Jahre die parlamentarische Arena dominierte. Der schon vor dem Ende der III. Republik, mit den Wahlen von 1936 einsetzende Abschmelzungsprozess dieser Gruppe ist Ende der 1960er Jahre auf einem niedrigen Niveau zum Abschluss gekommen, niedriger als in Deutschland, in dessen Parlamenten Anwälte zuvor einen eher geringen Anteil hatten (vergleiche Abbildung 5).²⁰

Das Ende der *république des avocats* und ihr Wandel zur *république des professeurs*²¹ markiert in Frankreich den Übergang vom freien politischen Unternehmer und Intermediär zum durch Patronage und organisatorische Unterstützung parteigebundenen Berufspolitiker. Dieser Übergang hatte sich in Deutschland schon mehrere Jahrzehnte zuvor vollzogen und wurde hier getragen durch eine Sozialfigur, die im parlamentarischen Betrieb Frankreichs kaum präsent war und bis heute nur wenig vertreten ist: den hauptamtlichen Partei- und Verbandsfunktionär (vergleiche Abbildung 6).

¹⁸ Best, Heinrich, Politische Modernisierung und Elitenwandel 1848-1997. Die europäischen Gesellschaften im intertemporal-interkulturellen Vergleich, in: *Historical Social Research* 22 (1997) 3/4, S. 4-32.

¹⁹ Best, Heinrich, Strukturen parlamentarischer Repräsentation in den Revolutionen von 1848, in: Dowe, Dieter; Haupt, Heinz-Gerhard; Langewiesche, Dieter (Hg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 629-670, hier S. 62.

²⁰ Dogan, Mattei, La stabilité du personnel parlementaire sous la III^e République, in: *Revue française de science politique*, April-Juni 1953, S. 319-348; Ders., Les filières de la carrière politique en France, in: *Revue française de sociologie*, Oktober 1967, S. 468-493; Hamon, Léo, Les parlementaires en France, in: *Revue internationale des sciences sociales* 13 (1961), S. 609-630; Charte, Christophe, Les élites de la République (1880-1900), Paris 1987, S. 3336; Marnot, Bruno, Les ingénieurs au Parlement sous la III^e République, Paris 2000; Best; Hausmann; Schmitt (Anm. 6), S. 166; Fießmann, Klaus, *Freiberufler in der Politik*, St. Augustin 1989.

²¹ Thiebaudet, André, *La république des professeurs*, Paris 1927; Le Béguec, Gilles, De la république des avocats à la république des énarques, in: Dupeux, Louis; Hudemann, Rainer; Knipping, Franz (Hg.), *Élites en France et en Allemagne au XIX^e et XX^e siècles. Structures et relations*, Bd. 2, München 1996, S. 79-92.

Abbildung 5: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003:
Hauptberuf als Anwalt – % aller Abgeordneten

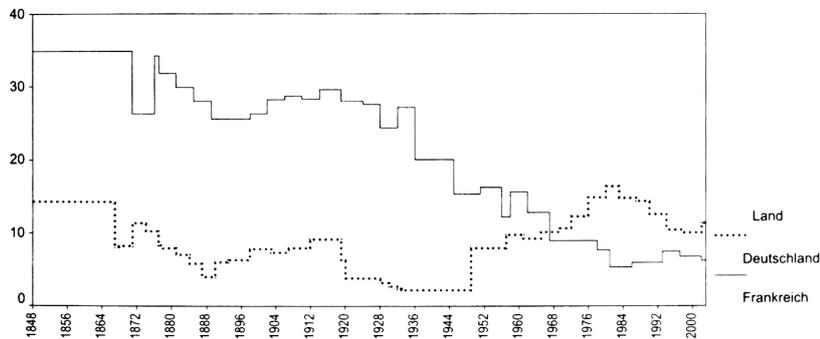
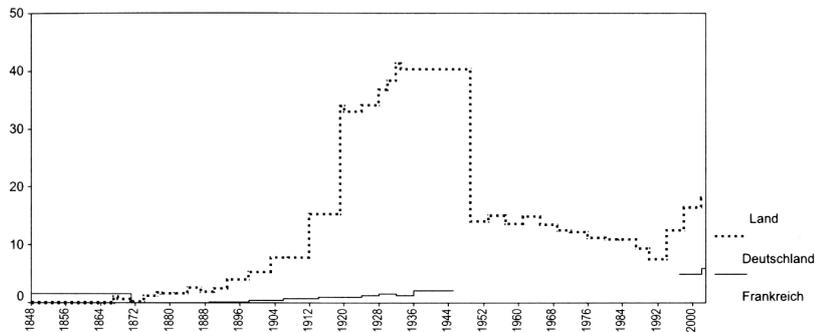


Abbildung 6: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003:
Hauptamtliche Funktionäre von Parteien und Interessenorganisationen –
% aller Abgeordneten

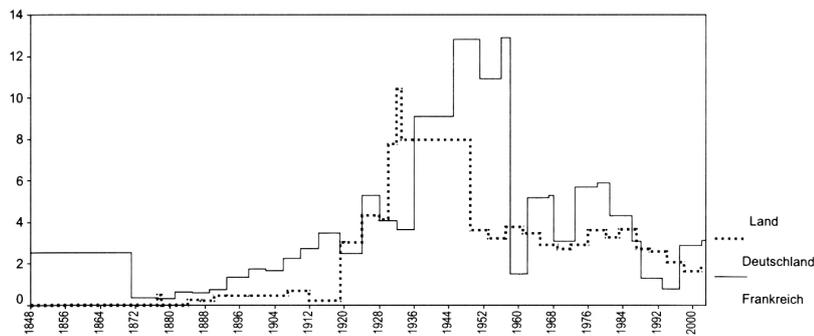


Sie hatte ihren Ursprung im dichten Organisationsgefüge der deutschen Sozialdemokratie und dominierte die Reihen ihrer Reichstagsfraktion seit den 1890er Jahren. Doch schon vor dem Ende des Kaiserreichs begann sie im Sinne von Maurice Duvergers Konzept einer „Ansteckung von Links“ auch in den bürgerlichen Parteien, vor allem im Zentrum, Fuß zu fassen.²² Bereits im Reichstag von 1912 hatte ihr Anteil, zusammen mit dem der Parteijournalisten, den der Staatsbediensteten deutlich hinter sich gelassen. Mit Beginn der Weimarer Republik stieg er sprunghaft und erreichte einen Anteilswert von rund 50 Prozent – den höchsten in der bisherigen Geschichte demokratischer Parlamen-

²² Michels (Anm. 10); Duverger, Maurice, *Les partis politiques*, Paris 1976 (zuerst 1951), S. 101.

te überhaupt.²³ Demgegenüber blieben in Frankreich die *permanents* selbst bei voller Einrechnung all jener authentischen oder nominellen „Arbeiter“, die sich vor allem in den Reihen der kommunistischen Abgeordneten fanden, noch in den Wahlen von 1936 bei circa 10 Prozent (vergleiche Abbildung 7).

Abbildung 7: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003:
Hauptberuf als manueller Arbeiter – % aller Abgeordneten



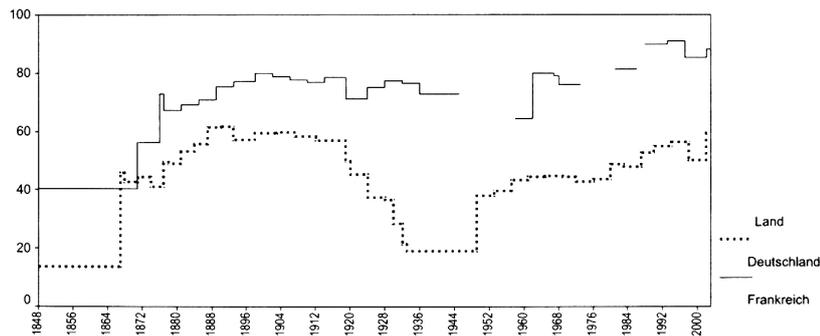
Hier bestand ein struktureller Unterschied zwischen den parlamentarischen Führungsgruppen beider Länder mit bedeutenden Auswirkungen auf ihre Integration: Während in der Weimarer Republik die meisten Abgeordneten durch direkte materielle Abhängigkeit und durch die der Mitgliedschaft geschuldete Loyalität an außerparlamentarische Großorganisationen gebunden waren, hatte Frankreich bis in die hochpolarisierte Phase der ausgehenden 30er Jahre die von Robert de Jouvenel vor dem Ersten Weltkrieg in durchaus kritischem Tenor beschriebenen Züge der *république des camarades* in weiten Bereichen seines parlamentarischen Betriebs bewahrt: eine eher auf den Binnenraum des Parlaments orientierte, amorphe, durch informelle Kontakte und viele Wechsel zwischen den parlamentarischen Gruppierungen diffus integrierte Konfliktstruktur.²⁴

²³ Best (Anm. 18), S. 24-27.

²⁴ Jouvenel, Robert de, *La république des camarades*, Paris 1914; Tardieu, André, *La profession parlementaire*, Paris 1937; Bomier-Landowski, Alain, *Les groupes parlementaires de l'Assemblée nationale et de la Chambre des députés de 1871 à 1940*, in: Goguel, F.; Dupoux, G. (Hg.), *Eléments de sociologie électorale*, Paris 1961, S. 75-89; Hudemann, Rainer, *Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik*, München 1971; Pontier, Jean-Marie, *Le rôle des intergroupes au Parlement français*, in: *Revue française de science politique* 32 (1982), S. 810-836; Fressoz, Marc, *Les Groupes parlementaires de la chambre des députés de 1881 à 1902, mémoire de maîtrise*, dir. Jean-Marie Mayeur, université de Paris IV-Sorbonne 1992; Markmann, Heinz, *Das Abstimmungsverhalten der Parteifractionen in den deutschen Parlamenten*, Meisenheim am Glan 1955; Best, Heinrich, «Disorder Yields to Order Fair the Place». The emer-

Der Weg zur politischen Professionalisierung, und das hieß unter anderem Sicherung von Karrierekontinuität und Ermöglichung eines Lebens von der Politik, vollzog sich in Frankreich vor allem auf dem Weg der Ämterkumulation. *Le cumul* etablierte sich in den Anfangsjahren der III. Republik als ein strukturdominantes Merkmal der politischen Klasse Frankreichs und blieb es über alle Regimewechsel hinweg, bis in die Gegenwart kaum beeinträchtigt durch Reformversuche. Noch immer folgt bei mindestens vier von fünf französischen Politikern die politische Karriere der Logik vertikaler Ämterkumulation und ist seltener als in Deutschland mit Parteiapparaten verknüpft.²⁵ Dies bedeutet nun nicht, dass in der deutschen Parlamentsgeschichte die Rückbindung an die regionale und lokale Politikebene bedeutungslos gewesen wäre: Sowohl im Kaiserreich als auch, auf etwas niedrigerem Niveau, in der Bundesrepublik, war sie durchaus Bestandteil des *cursus honorum* von Abgeordneten. Doch war sie hier nicht strukturdominant und prägte sich auch eher als Ämtersequenz denn als Ämterkumulation aus. Bemerkenswert ist der tiefe Einbruch der Zeitreihe während der Weimarer Republik, der als regelrechte „Entwurzelung“ der parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands zu deuten ist und sich parallel zu ihrer engen Anbindung an Großorganisationen vollzog (vergleiche Abbildung 8).²⁶

Abbildung 8: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003: Ämter in der lokalen oder regionalen Selbstverwaltung – % aller Abgeordneten



Betrachtet man die bislang vorgestellten Zeitreihen im Überblick, so fällt zunächst auf, dass bis zum Ende der 1930er Jahre der Wandel in Frankreich deutlich verhaltener war als in Deutschland. Beide Länder bilden im Hinblick

gence of political parties in Western and Central Europe, in: *Parliaments, Estates & Représentation/Parlements, États & Représentation* 15 (1995), S. 133-142.

²⁵ Best; Gaxie (Anm. 6), S. 110, 116-120; vgl. auch den Beitrag von Jean Philippon in diesem Band.

²⁶ Best; Hausmann; Schmitt (Anm. 6), S. 181f.

auf die Volatilität der Zeitreihen die unteren und oberen Grenzfälle in unserem europäischen Vergleich; eine Aussage, die sich im Übrigen auf die meisten der übrigen Indikatoren des DATACUBE erweitern lässt.²⁷ Erst seit Ende der 1930er Jahre, einsetzend mit der Wahl von 1936, in der sich viele für die IV. Republik charakteristische Strukturen ankündigen, setzt auch hier ein beschleunigter Wandel ein. Andererseits waren die parlamentarischen Führungsgruppen der III. Republik schon 1876 nach kurzer Formationsphase in wesentlichen Strukturelementen in ihrer beständigen Gestalt ausgebildet. Das geringe Ausmaß struktureller Zirkulation koinzidierte mit einem vergleichsweise hohen Ausmaß individueller Zirkulation, das für lange Zeiträume über dem Niveau des Reichstags lag. Dies bedeutet, dass der *modus operandi*, der die Struktur der Machtorganisation in Frankreich reproduzierte, in wesentlichen Elementen über die Existenzdauer der „langen“ III. Republik hinweg konstant blieb. Wir vermuten, dass für diesen Sachverhalt drei Gründe ausschlaggebend waren:

- 1) der in Frankreich eher verhaltene Wandel der Sozialstruktur (so blieb hier der Agrarsektor bis in die 1950er Jahre der größte Erwerbssektor, während er in Deutschland diese Position bereits Ende der 1880er Jahre verloren hatte)²⁸;
- 2) die im Frankreich der III. Republik verzögerte und nicht die gesamte Breite des Parteiensystems erfassende Bildung organisierter Mitgliederparteien (dagegen waren in Deutschland wie in anderen europäischen Politien Parteien *prime mover* des Elitenwandels);
- 3) die Verfassungskontinuität der III. Republik und – bei nur episodischer Variation – die Konstanz der grundlegenden Bestimmungen des Wahlrechts (während in Deutschland das Jahr 1918 in beiderlei Hinsicht eine markante Zäsur bildete und sich in anderen europäischen Ländern zumindest eine Ausweitung der Partizipationsrechte vollzog).²⁹

Frankreich, das in den 1870er Jahren die nach Standards der Theorien politischer Entwicklung „modernste“ Legislative Europas hatte, wies am Ende der Zwischenkriegszeit in dieser Hinsicht eher anachronistische Züge auf. Doch darf „Modernität“ nicht mit Systemstabilität gleichgesetzt werden, wie das Beispiel der parlamentarischen Führungsgruppen der Weimarer Republik in besonders nachdrücklicher Weise zeigt. Nach 1945 vollzog sich der Wandel der parlamentarischen Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich nach wie vor auf unterschiedlichen Entwicklungspfaden, nun jedoch konvergent. Der Neubeginn der Bundesrepublik setzte mit einem Strukturmuster an, das eher dem des ausgehenden Kaiserreichs als dem der ausgehenden Weimarer

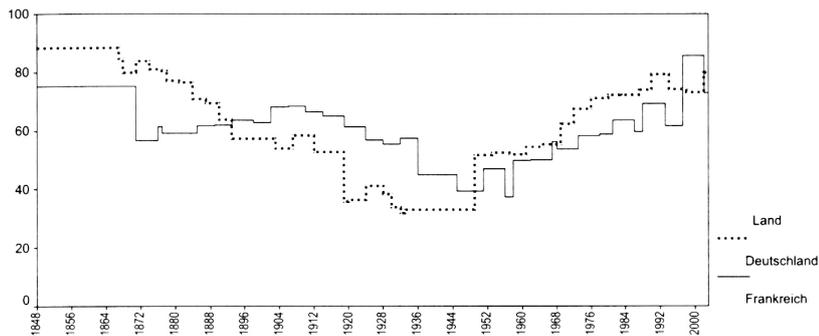
²⁷ Cotta; Best; Professionalization (Anm. 14), Fig. 13.1-13.16.

²⁸ Kaelble (Anm. 14), S. 10.

²⁹ Huard, Raymond, *Le suffrage universel en France 1848-1946*, Paris 1991, S. 101-253; Rosanvallon, Pierre, *Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France*, Paris 1992.

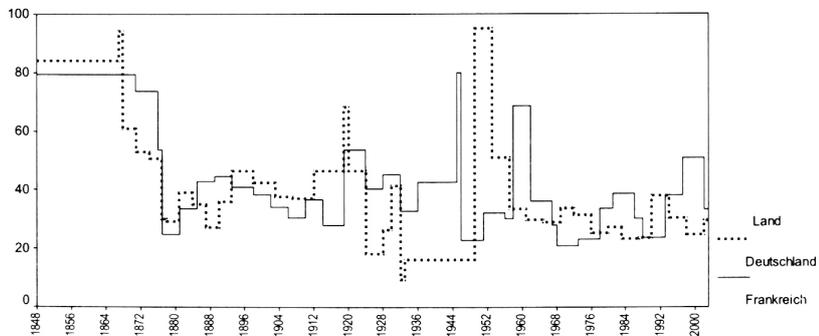
Republik ähnelte. Hier seien nur drei Kernindikatoren unserer Untersuchung erwähnt: der Anteil der Abgeordneten mit einem Universitätsabschluss (vergleiche Abbildung 9), die Rückbindung an die lokale und regionale Politikebene und der Anteil der Abgeordneten, die als hauptamtliche Partei- und Verbandsfunktionäre ihr Mandat übernahmen.

Abbildung 9: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003: Abgeordnete mit Universitätsabschluss – % aller Abgeordneten



Der weitere Wandel vollzog sich inkremental, weitgehend ohne die erratischen Ausschläge und Anpassungsprozesse der vorangegangenen hundert Jahre. Die individuelle Zirkulation sank nach den üblichen Turbulenzen der Gründungsphase der Bundesrepublik auf das Niveau des Reichstags im Kaiserreich. Die deutsche Wiedervereinigung ist allenfalls als kleine und sich schnell wieder beruhigende Turbulenz erkennbar (vergleiche Abbildung 10).

Abbildung 10: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003: Anteil der Parlamentsneulinge – % aller Abgeordneten

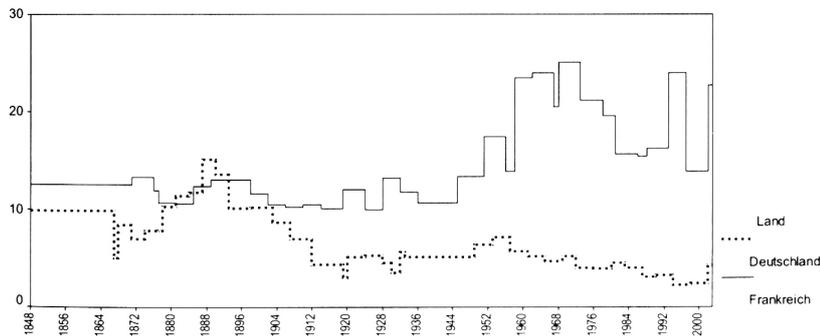


Die Entwicklung in Frankreich war dagegen durch markante Veränderungen und einen in vieler Hinsicht gegenüber anderen europäischen Politien nach-

vollziehenden Wandel gekennzeichnet. Auslösende Bedingungen und treibende Kräfte für diesen Transformationsprozess waren der grundlegende Wandel der französischen Gesellschaft während der *trente glorieuses*, der sich etwa im Hinblick auf die Tertiärisierung bis in die Gegenwart fortsetzt³⁰; ein Wandel des Parteiensystems und des politischen Massenmarktes, der den Parteien eine entscheidende Rolle als Selektorate bei der Rekrutierung des politischen Personals zuweist³¹; und eine Instabilität der institutionellen Ordnung, die mehrfach das formale Regime der Elitenreproduktion veränderte. Im Ergebnis haben sich die parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands und Frankreichs in wesentlichen Strukturmerkmalen angeglichen, wofür der heute fast punktgleiche Anteil der Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst nur ein – wenn auch besonders signifikantes – Beispiel ist.

Dennoch bleiben Abweichungen, in denen sich immer noch „Unterschiede zwischen politischen Organismen“ ausprägen. Dies gilt für die nach wie vor in Frankreich herausragende Bedeutung des *cumul*, das – angesichts der bisherigen Erfahrungen mit Reformversuchen – als Kernelement politischer Professionalisierung kaum zu beseitigen sein dürfte.³² Zwar wurde die in Frankreich im Vergleich zu allen anderen kontinentaleuropäischen Ländern außerordentlich starke Repräsentation von Unternehmern und Managern im Parlament seit den 1970er Jahren tendenziell abgebaut, sie vermag sich aber, wie der Wert für 1993 zeigt, in Abhängigkeit vom Wahlergebnis des bürgerlichen Lagers wieder zu erholen (vergleiche Abbildung 11).

Abbildung 11: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003: Hauptberufliche Unternehmer oder Manager – % aller Abgeordneten



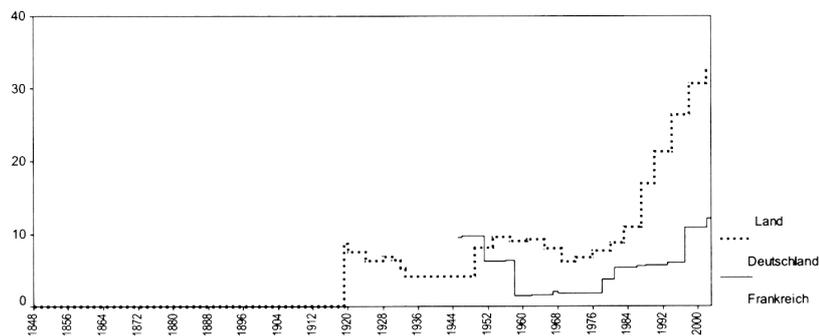
³⁰ Fourastrié, Jaqueline; Fourastrié, Jean, D'une France à une autre. Avant et après les Trente Glorieuses, Paris 1987; L'état de la France, éd. 1998-99, Paris 1998, S. 114.

³¹ Best; Gaxie (Anm. 6), S. 116-120.

³² Le cumul des mandats et des fonctions. Une réforme de la modernisation de la vie politique, CREAM, La documentation française, Paris 1998.

Schließlich bleibt der weithin als Skandal der neueren französischen Parlamentsgeschichte empfundene niedere Frauenanteil zu erwähnen, der sich gegenüber der deutschen Wertereihe, die sich zu den stolzen Höhen der *gender equality* aufschwingt, besonders betrüblich ausmacht. Hier sind Restbestände eines untergründig fortbestehenden Traditionalismus der französischen Rekrutierungsmuster auszumachen, deren Beseitigung wohl des problematischen Eingriffs in die formalen Bedingungen des Mandatszugangs bedarf (vergleiche Abbildung 12).³³

Abbildung 12: Deutsche und französische Parlamentarier 1848-2003:
Weibliche Abgeordnete – % aller Abgeordneten



Bilanziert man jedoch mit Blick auf den Titel dieses Beitrags die Ergebnisse der Untersuchung abschließend, scheint trotz alledem und *cum grano salis* eine kleine Modifikation angebracht: der Wegfall des Fragezeichens.

³³ Le piège de la parité. Arguments pour un débat, Paris 1999.